



Bericht 2012



16. Vereinsjahr

10. November 2011 – 14. November 2012

Editorial **3** Über ISPA **4** ISPA Themen **6** Aktivitäten **8** Mitgliederbefragung **10** Stellungnahmen **11** Arbeitsgruppen **14**
Thema: Vorratsdatenspeicherung **16** Veranstaltungen **18** Information und Öffentlichkeitsarbeit **22**
Thema: Online-Werbung in Österreich **24** Vernetzung **26** Thema: Stopline **28** ISPA Team **30** ISPA auf einen Blick **32**

Liebe ISPA Mitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren!



Der Umgang mit Daten von Nutzern, deren Speicherung und Verwendung, stand im Mittelpunkt der Aktivitäten der ISPA im Berichtsjahr 2011/2012. Im April trat die umstrittene Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft. Wichtige, von der ISPA vorgebrachte

Anliegen wurden dabei berücksichtigt: So sind umsatzschwache ISPs von der Regelung ausgenommen, der Bund übernimmt bis zu 80 Prozent der Implementierungskosten und es wurde eine technische Lösung realisiert, die ein hohes Maß an Rechtsschutz für ISPs und Nutzer sicherstellt. Damit wurde eine missbräuchliche Verwendung der Daten zumindest deutlich erschwert.

Wie sensibel die Thematik rund um Daten und Privatsphäre ist, zeigte auch die öffentliche Diskussion um den ACTA-Vertrag, dem das diesjährige ISPA Forum gewidmet war. Mit diesem multilateralen Vertrag hätten ISPs verpflichtet werden können, Urheberrechtsverletzungen ihrer Kunden zu verfolgen. Die Sorge der Nutzer darüber führte aber schließlich dazu, dass der Vertrag vom Europäischen Parlament nicht ratifiziert wurde. In der Diskussion beim ISPA Forum kristallisierte sich heraus, dass das Urheberrecht noch nicht den durch das Internet neu geschaffenen Nutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten von Inhalten entspricht. Die Anforderung an ein »internetfites« Urheberrecht ist es, zeitgemäße und ausgewogene Regelungen für den Konsum, den Vertrieb und die Nutzung von Musik, Film und anderen Kunstformen zu schaffen, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werden: Nutzer sollen Angebote im Netz legal konsumieren und nutzen können, die Produzenten der Werke sollen fair entlohnt werden und ISPs sollen nicht zur Verfolgung ihrer Kunden gezwungen werden. Eine umfassende Lösung ist hier noch nicht gefunden und auch kurzfristig nicht zu erwarten. Die in diesem Zusammenhang angedachte Verwendung von Vorratsdaten, deren Speicherung derzeit dezidiert für die Verfolgung von Straftaten vorgesehen ist, zur Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche erscheint jedenfalls nicht als zielführend und nicht verhältnismäßig. Vielmehr sollte einer intensivierten Aufklärungsarbeit von allen Beteiligten über legale Nutzungsmöglichkeiten von Inhalten im Web sowie neuen Geschäftsmodellen, die der Nachfrage der Nutzer entsprechen, der Vorzug gegeben werden, und damit der Kreativität.

Das Internet und die Verfügbarkeit von Nutzerdaten, die auch als Erdöl des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden, haben die Möglichkeiten zur Vermarktung und Bewerbung von Produkten und Services grundlegend verändert. Dies war auch das Thema des diesjährigen Internet Summit Austria. So bietet das Internet heute mehr denn je zuvor Möglichkeiten, Marktsegmente gezielt anzusteuern und mit potentiellen und bestehenden Kunden direkt und interaktiv zu kommunizieren und damit die Wünsche und

Ansprüche von Kunden zu erfüllen. Es lassen sich damit aber auch Geschäftsideen finanzieren und realisieren. Insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe tun sich so neue Marktchancen auf. Zudem wurden auch – viel zu wenig beachtet – die Möglichkeiten der User erweitert, nämlich dahingehend, dass die Angebotsvielfalt erhöht wurde, User leichter zielgerichtete Informationen beziehen und diese Services auch kurzerhand wieder abbestellen können, wenn sie nicht mehr gewünscht oder benötigt werden. Das Spannungsfeld zwischen diesen neuen Möglichkeiten und den Ansprüchen der Kunden auf Wahrung ihrer Privatsphäre besteht auch hier. Angesichts der Vielfalt an zusätzlichen und auch kostenlosen Services, die über das Internet beziehbar sind, kann die Bereitstellung von Daten und deren Verarbeitung zur Erbringung dieser Services auch als Währung oder Beitrag der Nutzer verstanden werden.

Ganz im Sinne der Thematik haben wir auch die ISPA Broschüren und Informationsunterlagen überarbeitet und gestaltet. So wurde die Broschüre „Internet sicher nutzen“ in einer dritten, überarbeiteten Fassung neu aufgelegt, ein Leitfaden zu Sicherheitseinstellungen bei Smartphones und ein Infoblatt zum digitalen Nachlass herausgegeben.

Im vergangenen Jahr wurde auch das Serviceangebot für unsere Mitglieder kontinuierlich ausgebaut. Wie gut das angenommen wird, zeigte sich an der regen Teilnahme an unseren Veranstaltungen, an den Workshops der »ISPA Academy« und den Arbeitsgruppensitzungen. Wichtig war und ist es uns auch unsere Mitglieder in den Bundesländern mit Informationen vor Ort zu versorgen. Deshalb bieten wir viele Veranstaltungen nun auch außerhalb von Wien an. Neben der persönlichen Beratung und den laufend aktualisierten Arbeitsunterlagen wurden zudem auch neue Informationskanäle wie zum Beispiel Facebook und Twitter ausgebaut.

Die Basis für all die Aktivitäten der ISPA ist ein engagiertes und einsatzfreudiges Team. Im Namen des Vorstands möchte ich mich daher auch dieses Jahr bei Veronika Beimrohr, Romana Cravos, Edith Michaeler, Michaela Panzenberger und bei Maximilian Schubert, der seit März das ISPA Büro leitet, herzlich für ihr Engagement und ihren Einsatz bedanken.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine interessante Lektüre unseres Berichts.



Dr. Andreas Koman, ISPA Präsident



Über **ISPA**

Die ISPA - Internet Service Providers Austria

- wurde 1997 als eingetragener Verein gegründet
- repräsentiert die österreichische Internetwirtschaft
- ist das Sprachrohr der Internetwirtschaft gegenüber Politik und Öffentlichkeit
- vertritt rund 200 Mitgliedsbetriebe aus den Bereichen Access, Content und Services
- regt die Kommunikation innerhalb der Internetbranche an

Mission Statement

Die ISPA – Internet Service Providers Austria – ist die Dachorganisation der Internetwirtschaft. Ihr Anliegen ist die Gestaltung von optimalen wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen für die Entwicklung des Internets. Die ISPA betrachtet die Nutzung des Internets als entscheidende Kulturtechnik und nimmt die sich daraus ergebende gesellschaftspolitische Verantwortung wahr.

Themen

Die ISPA konzentriert sich in Ihrer Arbeit auf die drei Themenfelder ›Wettbewerb & Infrastruktur‹, ›Content & Services‹ sowie ›Safety & Security‹.

Diese drei Themenbereiche bestimmen die tägliche Arbeit der ISPA. Sie spiegeln sich auch in den Tätigkeiten, dem Einsatz in IKT-Politik & Recht sowie dem Mitgliederservice wider, wo die herausgearbeiteten Tätigkeiten umgesetzt werden.

Wettbewerb & Infrastruktur	Content & Services	Safety & Security
›All IP‹ ›Fixed & Wireless Access‹ ›Hosting‹ ›Next Generation Networks‹	›Media Literacy‹ ›Open Data‹	›Safer Internet‹ Datensicherheit ›Critical Information Infrastructure Protection‹ ›Privacy‹
IKT Politik & Recht Breitband, Datenschutzrecht, E-Commerce, E-Inclusion, Konsumentenschutz, Medienrecht, Sicherung von Grundrechten, Streitschlichtung, Urheberrecht, Wettbewerbsrecht		
Mitgliederservice Arbeitsgruppen, Datensicherheit, Fachveranstaltungen, Information, Spam-Whitelist, Rechtsberatung, Stellungnahmen & Positionspapiere, Weiterbildung		

Wettbewerb & Infrastruktur

Darum geht es

Der Zugang zu Infrastruktur ist für viele Mitglieder das geschäftsbeherrschende Thema. Es umfasst etwa die Gestaltung der Internettelefonie (VoIP) oder die Bereitstellung von hochbitratigen Breitbandanschlüssen in einem ›Next Generation Access Network‹ (NGA/NGN). Der Zugang zur Infrastruktur des Incumbent A1 Telekom Austria zu fairen Bedingungen für alle ISPs und chancengleicher Wettbewerb zwischen allen marktteilnehmenden Unternehmen ist in Österreich trotz etlicher Initiativen noch nicht umgesetzt.

Das wollen wir erreichen

Die ISPA arbeitet daran, die rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Ziel der ISPA ist, einen fairen und nachhaltigen Wettbewerb im Dienste- und Infrastrukturbereich des österreichischen Telekommunikationsmarktes zu schaffen. Ein fairer, produktiver und nachhaltiger Wettbewerb hinsichtlich der Infrastruktur, den Inhalten und Diensten soll gewährleistet werden. Dort, wo der Wettbewerb noch nicht genügend entwickelt ist, setzt sich die ISPA dafür ein, dass dieser gefördert wird. Der optimierte Zugang zu und der Ausbau von Telekommunikationsinfrastruktur soll sichergestellt werden.

Das fordern wir

- Faire Wettbewerbsbedingungen die auch kleinen und mittelständischen Providern profitables Wirtschaften ermöglichen
- Verhinderung von ›predatory pricing‹ (Kampfpreisen)
- Umsetzung des Verbots von nicht kostendeckenden Preisen marktbeherrschender Unternehmen
- Teilung des Incumbent in eine Infrastruktur- und eine Dienstegesellschaft (Separation)
- Wettbewerbs- und technologieneutrale Förderung des Ausbaus von Next Generation Networks (NGN) ohne wettbewerbsverzerrende ›Regulierungsferien‹ oder geographische Deregulierung
- Sicherstellung von ›Duct Access‹ (Leerverrohrung) und ›Dark Fibre Access‹ (unbeschaltete Glasfasern) im Netz des Incumbent
- Regierungskompetenz zur Schaffung von rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Internet der Zukunft

Content & Services

Darum geht es

Die Entwicklung, das Angebot und der Nutzen von textbasierten und audiovisuellen Inhalten und Anwendungen im Internet bedürfen einer ausgeglichenen Gestaltung der rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen. Unter dem Gesichtspunkt der Digitalisierung von Inhalten und der daraus folgenden Entwicklung von Produkten und Diensten gilt es Wege zu finden, die Rahmenbedingungen zum Wohl einer integrativen Informations- und Wissensgesellschaft anzupassen. Die Rechte der UrheberInnen, VerwerterInnen und NutzerInnen müssen dabei gewahrt werden.

Das wollen wir erreichen

Für eine sich rasant entwickelnde Informationsgesellschaft und die Verwertung und Nutzung von digitalen Diensten und Inhalten müssen adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden. Im Bereich Content & Services geht es um die Erstellung, Verwertung und Nutzung von digitalen Inhalten und Diensten in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft. Die Überbrückung der ›digitalen Kluft‹ im gesellschaftlichen, inhaltlichen und technischen Sinn erachtet die ISPA als wichtigen Schritt zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft.

Das fordern wir

- Verteidigung der Rechte von UrheberrechtsnutzerInnen (z.B. Recht auf Privatkopie) gegen überzogene Forderungen der UrheberrechtshaberInnen
- Verstärkte Aufklärung über die Rechte der UrheberrechtshaberInnen, um Missbräuche des Urheberrechts zu vermeiden
- Digitalisierungsoffensive zur Sicherstellung österreichischer Kulturgüter
- Aufnahme von E-didaktischen Inhalten in den Lehrplan der pädagogischen Hochschulen bzw. in Weiterbildungsprogrammen für LehrerInnen
- Bewusstseinsbildung und Durchsetzung zur Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors im Rahmen der Public Sector Information (PSI)-Richtlinie und des Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG)

Safety & Security

Darum geht es

Die Entwicklung des Internets hat zahlreiche gesellschaftliche, rechtliche und politische Entwicklungen ausgelöst und viele Fragen der (Rechts-) Sicherheit hervorgebracht. Die ISPA geht von einem umfassenden Begriff der Internetsicherheit aus. Dieser umfasst die Bewusstseinsbildung, den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen, Medienkompetenz, sowie technische Sicherheit und rechtliche Aspekte. In den Arbeitsbereich Safety & Security fällt die aktive Mitgestaltung sicherer Rahmenbedingungen im Internet.

Das wollen wir erreichen

Safety & Security sind Voraussetzungen für die Wahrung der Grundrechte im digitalen Raum. Um das Internet sicher zu machen, bedarf es vieler Initiativen, die an unterschiedlichen Punkten ansetzen. Nur durch aktive Zusammenarbeit verschiedener Gruppen kann man den unterschiedlichen Herausforderungen entgegentreten. Die ISPA setzt sich daher für eine koordinierte Zusammenarbeit von Interessenvertretungen auf nationaler und europäischer Ebene ein. Das bedeutet auch, dass Daten und Informationsinhalte korrekt und unverfälscht erhalten und vor Beschädigung und Missbrauch geschützt werden müssen.

Das fordern wir

- Frühzeitige Vermittlung von ›Safer Internet‹ Wissen als Teil der ›Media Literacy‹ in Kindergärten und Schulen
- Verankerung, dass Tätigkeiten von Internetdienstleistern im Rahmen der Strafverfolgung ausschließlich mit richterlichem Beschluss auf Grundlage vorhandener Gesetze durchgeführt werden dürfen
- Datenherausgabe an Dritte aufgrund von behaupteten Urheberrechtsverletzungen nur auf Grund der Entscheidung eines ordentlichen Gerichtes
- Einheitliches Datenschutzkonzept innerhalb der EU



ISPA Aktivitäten

Durch die jahrelange aktive Rolle in der heimischen Internetwirtschaft und die kontinuierliche Interaktion mit öffentlichen Stellen und relevanten GesprächspartnerInnen ist die ISPA zu einer wichtigen Anlaufstelle für Internetthemen in Österreich geworden.

Die Tätigkeiten der ISPA erstrecken sich über verschiedene Bereiche:

Interessenvertretung

Die ISPA erarbeitet Stellungnahmen zu den wesentlichen Eckpunkten der IKT-Politik auf nationaler – und im Rahmen der EuroISPA – europäischer Ebene. Sie vertritt ihre Mitglieder und die erarbeiteten Standpunkte bei unterschiedlichen AkteurInnen und betreibt aktives Interessenvertretung in Österreich und Europa. Die ISPA arbeitet dabei mit verschiedenen anderen Institutionen und ThinkTanks zusammen.

Know How & Expertise

Wir koordinieren Interessen innerhalb der Branche und arbeiten für unsere Mitglieder in allen wesentlichen IKT-politischen Belagen auf nationaler und europäischer Ebene. Know How und Expertise werden in Arbeitsgruppen und durch die geschulte Analyse von ExpertInnen und JuristInnen gewonnen.

Juristische Beratung

Die ISPA bietet ihren Mitgliedern ad hoc Rechtsberatung zu relevanten Fragenstellungen z.B. in Bezug auf Gesetzesauslegungen.

Veranstaltungen

ISPA Veranstaltungen sind Fixpunkte der heimischen Internetbranche. Die Schwerpunkte liegen auf Weiterbildungsveranstaltungen für unsere Mitglieder (ISPA Academy) und Veranstaltungen zu internetrelevanten Themen, die die interessierte Öffentlichkeit ansprechen.

Information

Die ISPA informiert ihre Mitglieder und die Öffentlichkeit über Entwicklungen und Trends der Internetbranche. Dabei nutzt sie verschiedene Kanäle und Formen der Darstellung.

Vernetzung

Vernetzung hat für die ISPA zwei Bedeutungen: Als Plattform der heimischen Internetwirtschaft fördert sie einerseits die Vernetzung der Mitglieder untereinander andererseits ist die ISPA selbst in nationalen und europäischen Projekten aktiv und treibt die Vernetzung voran.

Mitgliederbefragung

2012 führte die ISPA gemeinsam mit dem IFES (Institut für Empirische Sozialforschung) eine Mitgliederumfrage durch. Ziel dieser zweiten Mitgliedererhebung war es, die wirtschaftliche Größe und die Geschäftsbereiche der ISPA Mitglieder zu eruieren.

Interessant war vor allem in Erfahrung zu bringen, welche Erwartungen die Mitglieder hinsichtlich der Themen und Aufgabengebiete an die ISPA stellen. Die Hälfte der rund 200 ISPA Mitglieder hat sich an der Befragung beteiligt.

Unternehmensstruktur

Deutlich gezeigt hat sich, dass die ISPA viele Klein- und Mittelbetriebe vertritt: Die meisten Mitgliedsfirmen der ISPA werden als GesmbH geführt (64 Prozent) und agieren nicht in einem internationalen Netzwerk oder Konzern. Mehr als die Hälfte der ISPA Mitglieder haben ihren Firmensitz in Wien, bieten ihre Dienstleistungen aber in mehreren Bundesländern an. Drei Viertel der Unternehmen wurden in den 1990er Jahren oder später gegründet.

Rund die Hälfte der Befragten gab an, dass sie erwarten, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessern werde. Das korreliert auch mit den Erfahrungen laut eigenen Angaben in ihren eigenen Unternehmen, deren Lage sich im Vergleich zu 2007 verbessert habe. Die Mehrheit der Unternehmen beschäftigt weniger als 25 festangestellte MitarbeiterInnen, nur ein Drittel

verfügt über mehr. Etwa die Hälfte der Unternehmen beschäftigt auch freie MitarbeiterInnen.

Tätigkeitsbereiche

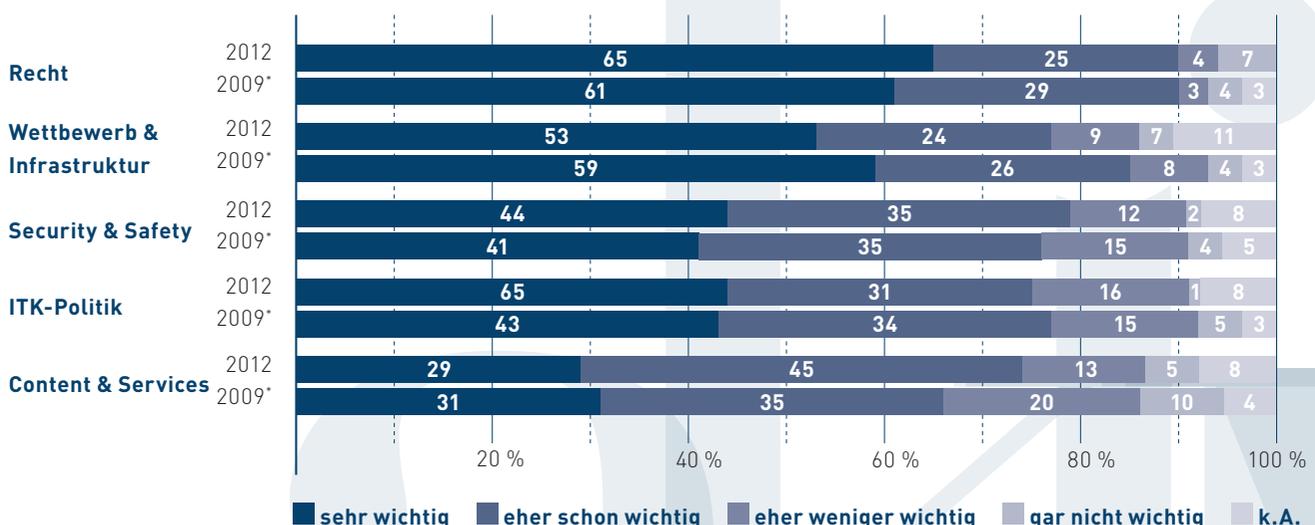
Der Großteil der ISPA Mitglieder (63 Prozent) agiert im Geschäftskundenbereich, nur wenige agieren eher im Privatkundenbereich (9 Prozent). Besonderen Fokus auf den Privatkundenbereich legen EPU's (1-Personen-Unternehmen) und Großunternehmen. Die meisten Mitglieder bieten Services (84 Prozent) an, aber auch Access (47 Prozent) und Content (45 Prozent) sind wichtige Geschäftsfelder.

Interessen

Die Arbeit der ISPA schätzen ihre Mitglieder in verschiedenen Bereichen: Wichtig ist den Mitgliedern vor allem die Information zu Gesetzesänderungen, Regulierungsfragen und internetrelevanten Themen, ebenso wie die Interessenvertretung bei öffentlichen Stellen (siehe Grafik). Bei den Mitgliedern ist zudem die Kompetenz der ISPA bei rechtlichen Agenden und bei Accessthemen gefragt. Aber auch Information und Beratung hinsichtlich der IKT-Politik, bei Safety & Security und im Bereich Content & Services sind für die ISPA Mitglieder von großem Interesse.

Die Ergebnisse der Umfrage im Detail:
www.ispa.at/mitgliederbereich

Diese Themen sind für unsere Mitglieder wichtig



* 1. ISPA Mitgliederbefragung

Stellungnahmen

Die ISPA interagiert mit verschiedenen AkteurInnen auf nationaler und europäischer Ebene und wahrt so die Interessen der österreichischen Anbieter. Im Berichtsjahr wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

November 2011 EU-Kommission: ›Grünbuch über den Online-Vertrieb von audio-visuellen Werken in der Europäischen Union: Chancen und Herausforderungen für den Binnenmarkt‹
Das von der Kommission im Juli 2011 veröffentlichte Grünbuch setzt sich mit den Veränderungen des Vertriebes von audiovisuellen Werken auseinander, die durch technische Neuerungen und Verbrauchererwartungen bedingt sind. Darin wird der rechtliche und regulatorische Rahmen näher beleuchtet, insbesondere auch das momentane Lizenzsystem.

Die ISPA hat in ihrer Stellungnahme zu dieser öffentlichen Konsultation betont, wie wichtig eine gesamteuropäisch einheitliche Lösung ist. Im Besonderen wird auf die Notwendigkeit einer Reform des Verwertungsgesellschaftssystems hingewiesen, welches aufgrund der großen Zersplitterung zu Verwaltungsineffizienzen und Schwierigkeiten bei der Lizenzierung führt.

Auch so genannte ›Exklusivvereinbarungen‹ stehen einem rascheren, europaweiten und volkswirtschaftlich sinnvollen Vertrieb oft im Weg. Aus diesen Gründen tritt die ISPA für eine europäische Lizenzstelle ein, die zur Klärung von Fragen in Zusammenhang mit der Vergabe von EU-weiten Werknutzungsbewilligungen dient.

EU-Kommission: ›Anwendung, Kontrolle und Durchsetzung von Nichtdiskriminierungspflichten in der elektronischen Kommunikation nach Artikel 10 der Zugangsrichtlinie (unter Berücksichtigung von Artikel 13a)‹

Artikel 10 der Zugangsrichtlinie 2002/19/EG sieht vor, dass nationale Regulierungsbehörden, (in Österreich die Rundfunk- und Telekomregulierungs-GmbH), eine Gleichbehandlungsverpflichtung in Zusammenhang mit dem Zugang oder der Zusammenschaltung auferlegen können. Gemäß Artikel 13a dieser Richtlinie können Regulierungsbehörden etwa bei Marktversagen eine funktionelle Trennung bei vertikal integrierten Unternehmen anordnen.

Die Zielsetzung dieser öffentlichen Konsultation war, die unterschiedlichen Auslegungs- und Anwendungspraktiken der nationalen Regulierungsbehörden auszuloten und die damit verbundenen Risiken für den gemeinsamen Telekommunikationsmarkt zu eruieren. Die ISPA betonte in ihrer Stellungnahme, wie wichtig eine möglichst alle Diskriminierungspraktiken abdeckende

Definition von so genannten ›Key Performance Indicators‹ (KPI) ist. Im Besonderen wurden die zu langen Herstellungszeiten bemängelt. Auch die effektive und zeitnahe Beobachtung dieser KPIs wurde gefordert, um wirtschaftliche Auswirkungen möglichst gering zu halten.

Dezember 2011 RTR-GmbH: ›Öffentliche Konsultation der RTR-GmbH zum Budget 2012 für die Bereiche Telekom-, Post- und Medien-Regulierung‹
Die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) führte für das Jahr 2012 eine öffentliche Konsultation zum Budget 2012 in den Bereichen Telekom-, Post- und Medien-Regulierung durch. Im Fokus standen die Erhöhung des Budgets für die Telekom-Regulierung. Diese Erhöhung wird mit den erweiterten Aufgaben der RTR-GmbH durch das TKG-Reformpaket 2012 begründet.

Die ISPA bemängelte in ihrer Stellungnahme diese Vorgangsweise, da das Budget zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von den beitragspflichtigen Unternehmen finanziert wird. Dies ist aus Sicht der ISPA eine nicht gerechtfertigte Abwälzung von Kosten. Stattdessen sollte die RTR-GmbH diesen zusätzlichen Aufwand durch Ressourceneinsparungen und Effizienz bewältigen.

Die ISPA fordert auch transparentere und nachvollziehbare Aufschlüsselung des Budgets, da die sehr grobe Aufschlüsselung nicht geeignet ist, eine Zuordnung von einzelnen Posten der Mittelverwendung vorzunehmen.

Jänner 2012 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: ›Öffentliche Konsultation der Verordnung des BMVIT über die Investitionskostenverordnung (IKEV)‹

Im Zuge der Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung mussten die zur Speicherung verpflichteten Unternehmen Investitionen tätigen, um dieser Verpflichtung nachzukommen. Um diesen Aufwand abzugelten, sollten gemäß der Investitionskostenersatzverordnung 80 Prozent der Personal- und Sachkosten den Unternehmen ersetzt werden.

Die ISPA setzte sich in ihrer Stellungnahme für den vollen Ersatz der gemachten Aufwendungen ein und wies in diesem Zusammenhang auf die einschlägige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs hin.

Außerdem wurde die vorgesehene anteilige Kostentragung der Implementierungskosten des Bundesrechenzentrums abgelehnt, sowie auf die Intransparenz und Unverhältnismäßigkeit dieser Kostentragung hingewiesen.

Des Weiteren wurde auch ein Kostenersatz für mittelbar betroffene Anbieter gefordert, sowie ein Ersatz für die mit der Wartung, Service und

Stellungnahmen

Reinvestition verbundenen Aufwendungen. Auch in Zukunft sollen zur Speicherung verpflichtete Betreiber ihre Kosten ersetzt bekommen.

März 2012 Bundesministerium für Justiz: »Entwurf einer Verordnung, mit der die Verordnung über den Ersatz der Kosten der Betreiber für die Mitwirkung an der Überwachung einer Telekommunikation (Überwachungskostenverordnung – ÜKVO)«

Im März 2012 wurde eine öffentliche Konsultation des BMJ zur Überwachungskostenverordnung abgehalten. Diese Verordnung legt fest, welche Kosten die Anbieter für die Mitwirkung an der Überwachung von TelekommunikationsteilnehmerInnen ersetzt bekommen.

Die ISPA setzte sich in ihrer Stellungnahme dafür ein, dass auch vom damaligen Entwurf der Verordnung nicht umfasste Beauskunftungen, etwa für Verkehrsdaten im Rahmen des § 76a Abs 2 Strafprozessordnung angemessen vergolten werden. Des Weiteren wurde der Ausschluss von neu eingeführten Datenkategorien im Entwurf der Überwachungskostenverordnung bemängelt. Die ISPA wies in ihrer Stellungnahme ebenfalls darauf hin, dass im Entwurf teils veraltete und durch das TKG-Reformpaket überholte Begriffe verwendet wurden.

Die ISPA hat sich mit ihren Forderungen Gehör verschaffen können. In der neuen Überwachungskostenverordnung ist nunmehr ein Kostenersatz für Beauskunftungen aufgrund von § 76a Abs 2 StPO vorgesehen. Ebenso wurden veraltete Begriffe wie »Vermittlungsdaten« aktualisiert und durch den im Telekommunikationsgesetz 2003 verwendeten Begriff »Verkehrsdaten« ersetzt.

Mai 2012 RTR-GmbH: »Entwurf einer Mitteilungsverordnung nach § 25 Abs 3 TKG 2003 (MIT-V)«

Das Telekommunikationsgesetz 2003 regelt in § 25 Abs 3 wie bei einseitigen Änderungen der allgemeinen Geschäftsbedingungen durch die Betreiber von Kommunikationsnetzen oder -diensten, welche die VertragspartnerInnen nicht ausschließlich begünstigen, vorgegangen werden muss. Nach diesen Vorgaben müssen die Änderungen den TeilnehmerInnen mindestens ein Monat vor In-Kraft-Treten schriftlich mitgeteilt und diese auf ihr kostenloses Kündigungsrecht aufmerksam gemacht werden. Gemäß dieser Vorschrift ist die Regulierungsbehörde RTR-GmbH berechtigt mit Verordnung die Form, den Detaillierungsgrad und den Inhalt festzulegen. Die ISPA bezweifelte in ihrer Stellungnahme

grundsätzlich die Notwendigkeit einer derart detaillierten Verordnung. Des Weiteren machte die ISPA darauf aufmerksam, dass durch Regelungen spezifischer Einzelheiten kleinere und mittlere Unternehmen mehr belastet werden, da bei ihnen die Umsetzung dieser Vorgaben verhältnismäßig mehr Aufwand verursacht.

August 2012 Bundeskanzleramt: »Bundesgesetz, mit dem das Datenschutzgesetz 2000 geändert wird (DSG-Novelle 2012)«

Im Sommer führte das Bundeskanzleramt (BKA) eine öffentliche Konsultation zum Entwurf der DSG-Novelle 2012 durch. Im Mittelpunkt stand vor allem eine Reduktion des Verwaltungsaufwands für die Datenschutzkommission. Auch sollte die Beauftragung eines Datenschutzbeauftragten auf freiwilliger Basis möglich gemacht werden. Auch die Vorabkontrollpflicht für Videoüberwachung und Informationsverbundsysteme soll gemäß dem Entwurf entfallen.

Die ISPA betonte in ihrer Stellungnahme, dass die Einführung eines/einer Datenschutzbeauftragten auf freiwilliger Basis zu befürworten ist, jedoch keinesfalls eine diesbezügliche Verpflichtung entstehen darf. Des Weiteren nutzte die ISPA die Gelegenheit, um auf die noch offenen datenschutzrechtlichen Anliegen im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung (VDS) aufmerksam zu machen: So wurde eine diesbezügliche Musteranwendung im Rahmen der Einführung der VDS diskutiert, die bis dato jedoch nicht eingeführt wurde. Auch sind noch zahlreiche datenschutzrechtliche Fragen ungeklärt, etwa der Widerspruch zwischen dem Recht auf Auskunft gemäß Datenschutzgesetz 2000 und dem im TKG 2003 verankerten Grundsatz, allein den Sicherheitsbehörden bzw. den Staatsanwälten gemäß der Vorschriften des Sicherheitspolizeigesetz und der Strafprozessordnung Auskunft über Verkehrs- und Vorratsdaten geben zu dürfen.

Bundesministerium für Justiz: »Vorschlag für eine Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten«

Das Bundesministerium für Justiz nahm im August 2012 Stellungnahmen zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission betreffend die kollektive Rechtewahrnehmung entgegen. Der Richtlinienentwurf schlägt unter anderem die Vergabe von »Mehrgebietslizenzen für Online-Musikdienste« ebenso vor wie eine effizientere Verwaltung innerhalb von Verwertungsgesellschaften und Transparenz- und Berichtspflichten ebendieser.

In ihrer Stellungnahme befürwortete die ISPA grundsätzlich die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für Online-Musikdienste und betont gleichzeitig die Wichtigkeit einer Einführung eines einfachen und

europaweit einheitliches Lizenzsystems. Dazu sollte nach Vorschlag der ISPA eine europäische Lizenzdatenbank eingeführt werden, um Rechtssicherheit und Transparenz zu gewährleisten. Auch die Preisgestaltung für Mehrgebietslizenzen stand im Fokus der Stellungnahme. Insbesondere wurden der nicht vorhandene Wettbewerb und das Problem der Preisfestsetzung durch die Verwertungsgesellschaften hervorgehoben.

September 2012 EU-Kommission: »Notice & Action«

Die EU-Kommission führte im September eine öffentliche Konsultation zum Thema »Notice & Action« durch. Dabei wurde besonders die divergierende Auslegung von Artikel 14 der E-Commerce-Richtlinie und das daraus resultierende unterschiedliche Vorgehen in den Mitgliedsstaaten untersucht. Artikel 14 sieht vor, dass Hosting-Provider an sie gemeldete Inhalte entfernen oder sperren müssen, sollten diese rechtswidrig sein.

Dabei betonte die ISPA in ihrer Stellungnahme besonders die Schwierigkeiten in der Praxis der Hosting-Provider, die Illegalität der Inhalte festzustellen. Insbesondere der Umstand, dass jegliches Gesetz (wie das Urheberrecht oder das Wettbewerbsrecht) Grundlage eines solchen Verfahrens sein kann, wurde von der ISPA kritisiert.

Die ISPA wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass »Notice & Action« Verfahren keinesfalls ein Ersatz für ein Gerichtsverfahren sein können, und dass die Rechtsdurchsetzung ebenso wie die Rechtsprechung hoheitliche Aufgaben sind.

Bundesministerium für Justiz:

»Arbeitspapier Rechtsdurchsetzung«

Im September erstellte das Bundesministerium für Justiz ein Arbeitspapier, das die Novellierung des Auskunftsanspruchs nach § 87b Urheberrechtsgesetz zum Inhalt hatte. Der Entwurf des Arbeitspapiers sah unter anderem eine neue Speicherverpflichtung und den Zugriff auf Verkehrsdaten vor.

Die ISPA hat in ihrer Stellungnahme auf das Erfordernis der Rechtssicherheit sowie auf die Notwendigkeit eines Richtervorbehaltes hingewiesen. Die ISPA betont auch die europarechtlichen Vorgaben für die Beauskunftung: Die Interessenabwägung kann nach den Umständen des Einzelfalls nur durch den Staat bzw. ein/e RichterIn gewährleistet werden. Die ISPA stellt sich auch klar gegen eine »Abmahnwelle« und fordert wirksame Gegenmaßnahmen gegen dieses Geschäftsmodell.

Bundesministerium für Justiz: »Leistungsschutzrecht«

Angelehnt an die Diskussion zum Leistungsschutzrecht für Presseverleger in Deutschland wurde auch im BMJ über dieses Thema im Herbst diskutiert.

Das Leistungsschutzrecht soll Presseverlegern das Recht einräumen, zu gewerblichen Zwecken Presseerzeugnisse oder Teile davon öffentlich zugänglich zu machen. Dadurch sollen insbesondere Suchmaschinen für die Nutzung von kleinsten Textteilen (»Snippets«) eine Vergütung an die Presseverleger entrichten.

Ende September reichte die ISPA eine erste Stellungnahme dazu ein. Die ISPA merkte an, dass momentan unklar ist, gegen wen sich dieses Recht richten soll. Es könnten etwa auch kleine Webseitenbetreiber betroffen sein, die mit Werbung geringe Einnahmen lukrieren. Auch könnte ein derartiges Recht zu Wettbewerbsverzerrungen führen, da große Suchdienste eher in der Lage sind, den Verwaltungsaufwand und die Kosten zu bewältigen. Die ISPA betonte auch, dass solche Maßnahmen die Informationsfreiheit einschränken könnten, da derzeit bestehende Informationsquellen unter Umständen wegfallen würden. Schließlich wies die ISPA darauf hin, dass Presseverleger schon jetzt die Möglichkeit haben, die Anzeige bei Suchdiensten und Newsdiensten im Netz wirksam einzuschränken oder zur Gänze zu verhindern.

Oktober 2012 EU-Kommission: »Netzneutralität«

Nach wie vor ist der Begriff der »Netzneutralität« nicht endgültig definiert. Diese öffentliche Konsultation der EU-Kommission zielte insbesondere darauf ab herauszufinden, welche Netzwerkmanagementmethoden als problematisch einzustufen sind, wie diese angewandt werden und welche Informationen VerbraucherInnen darüber erhalten sollten. Neben technischen Daten sollten auch Schätzungen über die Kosten einer allfälligen Informationspflicht erhoben werden.

Die ISPA hob in ihrer Stellungnahme den Stellenwert einer transparenten und wettbewerbsfördernden Vorgehensweise hervor. Sie betonte, dass Netzwerkmanagement für die Funktionsfähigkeit des Internets unerlässlich ist. Sofern die Transparenz gewahrt bleibt, muss es Anbietern wie bisher erlaubt sein, neue Produkte zu entwickeln.

Alle Stellungnahmen sowie relevante Begleitdokumente: www.ispa.at/stellungnahmen

Arbeitsgruppen

Die ISPA bietet ihren Mitgliedern in zahlreichen Arbeitsgruppen zu ihren ISPA Kernthemen eine unabhängige Plattform zum Informationsaustausch. In den Arbeitsgruppen werden gemeinsam Standards und Stellungnahmen erarbeitet.

AG Access Die Arbeitsgruppe Access behandelt Themen der Regulierung und Infrastruktur.

AG Content & Services Die AG Content & Services behandelt alle Aspekte der Schaffung und Verwertung von Inhalten sowie der Erbringung von Diensten.

AG Data Retention Die Arbeitsgruppe Data Retention beschäftigt sich mit der Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.

AG Recht Die Arbeitsgruppe Recht befasst sich vorrangig mit Fragen der praktischen Rechtsanwendung, die im Rahmen der Erbringung der Dienste ihrer Mitglieder bestehen.

AG Spam Die Arbeitsgruppe Spam bietet eine Plattform zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen Spam auf nationaler und internationaler Ebene.

AG VoIP Die AG VoIP zielt auf die Schaffung von optimalen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für »Voice over Internet Protocol« ab.

AG Wireless* Die Arbeitsgruppe Wireless beschäftigt sich mit technischen und rechtlichen Aspekten des drahtlosen Zugangs zum Internet durch Wireless Anbieter.

AG Cloud* Die AG Cloud beschäftigt sich mit den grundsätzlichen Fragen der Cloud-Technologie und sucht Antworten auf die Herausforderungen der Praxis.

*gegründet September 2012

Tätigkeiten 2011-2012

AG Access Die »virtuelle Entbündelung« ist nach wie vor ein wichtiges Thema der Arbeitsgruppe Access. Das Standardangebot der A1 Telekom Austria (»Reference Unbundling Offer«/ RUO) entspricht nach Auffassung der ISPA nicht den in den Bescheiden der Telekom-Control-Kommission (TKK) vorgeschriebenen Auflagen. Insbesondere die fehlende Gestaltungsfreiheit macht es schwer, die gewohnten und auf die KundInnen abgestimmten Services zu erbringen.

Die AG Access widmete sich auch dem Marktanalyse- und Marktdefinitionsverfahren M1/12. Die von der TKK definierten Märkte werden auf das Vorliegen von beträchtlicher Marktmacht überprüft. Liegt diese vor, kann der Markt bereits im Voraus reguliert werden. Damit soll anderen MarktteilnehmerInnen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Geschäftstätigkeit weiter zu betreiben bzw. aufzunehmen. Das Verfahren M1/12 wurde von der TKK in zehn Teilverfahren aufgeteilt. So wurde ein Verfahren für den Markt für physischen Zugang (M1.1/12) sowie eines für marktterminierende Segmente von Mietleitungen (M1.5/12) eingerichtet. Die ISPA hat ihre Mitglieder in der Abhandlung unterstützt und für die Verfahren zwei Argumentarien bereitgestellt.

Schließlich behandelte die AG Access auch den Umstand, dass die A1 Telekom Austria wiederholt KundInnen anderer Provider kontaktierte und auf ihre eigenen Produkte aufmerksam machte. Die TKK hat entschieden, dass dieses Vorgehen der A1 Telekom Austria die Gleichbehandlungsverpflichtung verletzt und daher zu unterlassen ist.

AG Content & Services Die Rechtsgrundlagen des Urheberrechts bestimmten die Diskussion in der Arbeitsgruppe. Zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur »kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten und die Vergabe von Mehrgebietslizenzen für die Online-Nutzung von Rechten an Musikwerken im Binnenmarkt« wurde eine Stellungnahme erarbeitet. Die Vorschläge der Kommission wurden eindeutig positiv bewertet, da die Vergabe für Mehrgebietslizenzen nur durch eine europaweite, zentrale Stelle effizient und fair erfolgen kann.

Im Berichtszeitraum wurde die Diskussionsreihe »Urheberrecht« fortgeführt, in der diverse Stakeholder ihre Sichtweisen darlegten. Im November 2011 führten VertreterInnen der »Gesellschaft der Autoren, Komponisten und

Musiker< (AKM), Gernot Graninger und Ingrid Polak, ihre Ansichten zum Thema Urheberrecht aus. Rainer Rainer erläuterte im April 2012 den Erwerb von Online-Musikrechten in Europa, und wie der Lizenzerwerb gebündelt werden soll. Im Juni legte Nationalratsabgeordnete Karin Hackl die Positionen der ÖVP in punkto Urheberrecht dar.

Weiters wurde über die effektive Rechtsdurchsetzung des Auskunftsanspruches und die Urheberrechtsabgabe auf Festplatten (>Festplattenabgabe<), die von der ISPA abgelehnt wird, diskutiert.

AG Data Retention Die Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung war zentrales Thema der AG Data Retention. Im Fokus stand unter anderem die Anbindung an die Durchlaufstelle (DLS) und die Behebung allfälliger technischer Probleme. Hierfür wurde sowohl mit dem Bundesrechenzentrum (BRZ) als auch mit dem Arbeitskreis für technische Koordination für öffentliche Kommunikationsnetze und -dienste (AK-TK) eng zusammengearbeitet und weitere Verbesserungsvorschläge gesammelt.

Auch die rechtlichen Fragen über die Beauskunftung – etwa die Frage welcher Anbieter welche Daten bereithalten muss – wurden in der Arbeitsgruppe behandelt.

Das >Musterantwortschreiben Beauskunftung< wurde überarbeitet und an die neue Rechtslage angepasst. Des Weiteren wurden auch die noch offenen datenschutzrechtlichen Fragen erörtert, etwa jene nach dem Verhältnis von Recht auf Auskunft und den engen Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung.

Auch die Investitionskostensatzverordnung des Bundesministeriums für Inneres (BMI) wurde von der Arbeitsgruppe begutachtet und in einer Stellungnahme behandelt, ebenso wie die zugehörigen Erläuterungen und der Fragebogen zum Kostensatz des BMI.

Ein weiteres Thema mit dem sich die AG beschäftigte, war die Überwachungskostenverordnung. Dabei ist beachtenswert, dass nunmehr auch für die Beauskunftung von IP-Adressen ein Kostensatz an die Anbieter zu erfolgen hat.

AG Recht Die AG Recht beschäftigte sich im Berichtszeitraum mit diversen rechtlichen Problemstellungen: Besonders das Reformpaket des Telekommunikationsgesetzes (TKG) 2012 wurde im Rahmen der AG thematisiert. In Folge der TKG-Novelle wurden auch die ISPA Muster-AGB überarbeitet. Dies betraf insbesondere die Regelungen zu

Mitteilungen von nicht ausschließlich begünstigenden Änderungen. Die AG befasste sich auch mit der zur detaillierteren Regelung dieser Materie erlassenen Mitteilungsverordnung der Regulierungsbehörde.

Die AG Recht beobachtete in diesem Jahr die Rechtsprechung, welche auch großen Einfluss auf die Spruchpraxis der Telekom-Control-Kommission (TKK) ausübt. Besonders im Verbraucherschutzrecht ergaben sich viele Neuerungen: So haften laut aktualisierten Muster-AGB sowohl VerbraucherInnen als auch ISPs bei leichter Fahrlässigkeit.

Im Bereich des Datenschutzes wurde die öffentliche Konsultation der Novelle des Datenschutzgesetzes (DSG) 2012 behandelt. Die freiwillige Einführung eines/einer Datenschutzbeauftragten wurde begrüßt. Auch wurden Unklarheiten im Bereich der Beauskunftung angesprochen.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe standen auch die geplanten Novellierungen des Urheberrechts im Bereich der Rechtsdurchsetzung. Gefordert wird ein Richtervorbehalt sowie Rechtssicherheit. Die AG Recht betonte aus diesem Grund, wie wichtig eine kohärente Lösung sei, die sowohl das TKG als auch das Urheberrechtsgesetz umfasst. Keinesfalls darf der urheberrechtliche Auskunftsanspruch zu einem grundrechtlichen Dammbbruch führen und eine Beauskunftung von Verkehrsdaten für alle denkbaren zivilrechtlichen Ansprüche ermöglichen.

AG Spam Im Berichtszeitraum wurde die Frage behandelt, wie mit augenscheinlich missbräuchlichen Diensten, welche für die Beschleunigung der Austragung aus einer Spam-Blacklist Geld verlangen würden, umzugehen sei. Die AG Spam rät von jeglicher Zahlung ab und empfiehlt, rechtliche Schritte einzuleiten.

Thema: Vorratsdatenspeicherung

Die Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung trat in Österreich am 1. April 2012 in Kraft. Die ISPA hatte stets betont, dass »keine Speicherung die beste Speicherung« sei. Da die Umsetzung jedoch nicht verhindert werden konnte, setzte sich die ISPA für eine sichere und praktikable Handhabe ein.

Der Umfang der Speicherpflicht ist klar begrenzt

Im Rahmen des neuen Gesetzes müssen Anbieter, die bei der RTR-GmbH beitragspflichtig sind, gewisse Verkehrsdaten für eine Dauer von sechs Monaten speichern. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Daten über einen Kommunikationsvorgang. Nicht gespeichert wird der Inhalt der Kommunikation (»Inhaltsdaten«). Inhaltsdaten, also der Inhalt der Kommunikation. Da aber auch derartige Daten in bestimmten Fällen Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation zulassen (z.B. E-Mails an GeheimnisträgerInnen wie ÄrztInnen, SeelsorgerInnen, JournalistInnen etc.), ist es wichtig, dass nur ein absolut notwendiges Mindestmaß an Daten gespeichert wird. Das entspräche dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Grundsatz der »Datensparsamkeit«.

Die Richtlinie sieht vor, dass nur Daten gespeichert werden müssen, die ohnehin bereits beim Anbieter vorhanden sind. Zusätzliche Datenkategorien wurden nicht geschaffen. Bestimmte Technologien (etwa NAT/ PAT) sind

daher von der Speicherung ausgenommen, da es bei Verwendung dieser Technologien nicht möglich ist, AnschlussinhaberInnen eindeutig zu identifizieren.

Ausnahmen für kleine und mittlere Anbieter wurden geschaffen

Nicht alle österreichischen Telekom-Anbieter müssen Verkehrsdaten anlasslos, also auf Vorrat speichern. Die österreichische Umsetzung sieht Ausnahmen für kleine bzw. für nicht-öffentliche Anbieter vor. Die Speicherverpflichtung ist an die Beitragspflicht bei der Regulierungsbehörde RTR-GmbH geknüpft.

Daten werden nicht zentral gespeichert

Die auf Vorrat gespeicherten Daten verbleiben beim Anbieter. Es gibt daher keine zentrale Speicherung aller Daten. Während in anderen EU-Mitgliedstaaten technisch nicht gewährleistet werden kann, dass die Vorratsdaten der betroffenen Anbieter nicht zu Zwecken der Rasterfahndung bzw. für Data Mining zentral an einer Stelle zusammengeführt und verarbeitet werden, verbleiben die Daten in Österreich beim Anbieter. Dieser hat hierbei strenge Auflagen einzuhalten und darf ausschließlich im Rahmen einer hoheitlichen Anordnung auf bei ihm gespeicherte Vorratsdaten zugreifen. Hierbei sind vom Anbieter das 4-Augen-Prinzip sowie eine revisions sichere Protokollierung zu gewährleisten.

Für diese Punkte hat sich die ISPA besonders eingesetzt

Forderung	Umsetzung	Anmerkung
Ausnahme für kleinere Anbieter	✓	Die Speicherpflicht besteht nur für Unternehmen mit einem bei der RTR gemeldeten Planumsatz von mehr als EUR 277.000,-.
Investitionskostensatz	✓	Österreich ist der einzige EU-Mitgliedsstaat in dem Anbietern rund 80 Prozent der Investitionskosten ersetzt werden.
Kostensatz für laufende Kosten	✓	Anbieter bekommen einen Ersatz Ihrer Kosten für die Durchführung von Beauskunftungen.
Einfache und sichere Anbindung der Anbieter	✓	Bei der Anbindung besteht ein hohes Sicherheitsniveau durch Public/Private Key Verschlüsselungen & Single Point of Contact.
Kein direkter Zugriff der Behörde auf die Daten des ISP	✓	Einschränkung von Anfragen und Antworten auf fix vordefinierte Anwendungsfälle verhindert Data Mining.
Lückenlose Protokollierung aller Anfragen über eine neutrale Stelle	✓	Die sogenannte »Durchlaufstelle« protokolliert Anzahl und Rechtsgrundlage aller Anfragen und Antworten. Damit ist sie ein europäisches Vorzeigeprojekt für »Privacy by Design«.
Richtervorbehalt für alle Beauskunftungen	✗	Es bestehen leider Ausnahmen vom Grundsatz des Richtervorbehaltes.
Beauskunftung von Vorratsdaten ausschließlich für schwere Strafdaten	✗	Ein Zugriff auf die wichtigsten Gruppen von Vorratsdaten (IP-Adresse, E-Mail) ist auch bei niederschweligen Delikten möglich.

Sämtliche Übermittlungen erfolgen verschlüsselt und werden von einer neutralen Stelle protokolliert

Um zu gewährleisten, dass jede Anfrage von Behördenseite sowie jede Antwort eines Betreibers lückenlos protokolliert werden kann, erfolgt die Übermittlung sämtlicher Daten verschlüsselt über eine zentrale »Durchlaufstelle« (DLS), die gegenüber den über sie übermittelnden Daten blind ist.

Bei dieser Durchlaufstelle wurden mehrere Public-/Private-Keys sowie Transportverschlüsselungen kombiniert. So wird die Identität der anfragenden und der empfangen Stelle gewährleistet. Auch die Daten werden so vor einer eventuellen Manipulation während der Übermittlung geschützt.

Die Durchlaufstelle generiert zudem auch jene statistischen Daten, die den nationalstaatlichen und europäischen GesetzgeberInnen vorzulegen sind. Jene Daten können in Folge dazu genutzt werden, zu überprüfen, ob die Vorratsdatenspeicherung ihr übergeordnetes Ziel, die Verfolgung und Bekämpfung von schweren Straftaten, erreicht hat und somit der erfolgte Eingriff in die Grundrechte der NutzerInnen und der Anbieter gerechtfertigt ist.

Die Kosten werden von Anbietern und dem Staat getragen

Österreichischen Anbietern müssen die Kosten für die Implementierung und Durchführung von Überwachungsmaßnahmen ersetzt werden. Die einmaligen Investitionskosten der Anbieter werden zum Großteil durch den Bund getragen. Während den Anbietern ein Pauschalbetrag pro getätigter Anfrage vom Bund zurückerstattet wird, müssen laufende Kosten, wie zum Beispiel die Wartung der Systeme oder die Schulung von MitarbeiterInnen von den Anbietern selbst getragen werden.

Alle beteiligten Stellen haben gut zusammengearbeitet

Die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung in Österreich stellte und stellt eine große Herausforderung für alle beteiligten Stellen dar. Ein großer Erfolg ist die Errichtung der Durchlaufstelle. Sie entspricht nicht nur den Anforderungen der anfragenden Stellen nach sicherem und raschem Zugriff auf die gespeicherten Daten, sondern gewährleistet auch die Interessen der Anbieter nach einer sicheren und ressourcenschonenden Umsetzung. Sie ermöglicht außerdem einen weitestgehenden Schutz der Grundrechte der NutzerInnen.

Die Vorratsdatenspeicherung im Überblick

Was wird gespeichert?

Die Richtlinie sieht vor, dass nur Daten gespeichert werden müssen, die ohnehin bereits beim Anbieter vorhanden sind. Zusätzliche Datenkategorien wurden nicht aufgenommen.

Im Rahmen des neuen Gesetzes müssen Verkehrs- bzw. Betriebsdaten gespeichert werden. Das sind Daten über einen Kommunikationsvorgang. Nicht gespeichert werden Inhaltsdaten.

Wer muss speichern?

Nicht alle österreichischen Provider müssen Vorratsdaten speichern. Ausgenommen sind jene Betreiber, die nicht beitragspflichtig bei der RTR-GmbH sind.

Wo werden die Daten gespeichert?

Es ist keine zentrale Speicherung aller Daten vorgesehen. Die Daten bleiben in der österreichischen Umsetzung beim Anbieter. Dieser darf ausschließlich im Rahmen einer hoheitlichen Anordnung auf gespeicherte Vorratsdaten zugreifen. Er unterliegt hierbei dem 4-Augen-Prinzip, sowie der Erfordernis der reversionssicheren Protokollierung.

Wie werden Daten übermittelt?

Die Übermittlung der Daten über eine zentrale Durchlaufstelle (DLS), die gegenüber den über sie übermittelten Inhalten blind ist.

Die DLS generiert auch jene statistischen Daten, die den nationalen und europäischen Stellen vorzulegen sind.

Wer zahlt?

Anders als in anderen EU-Mitgliedstaaten müssen in Österreich den Anbietern die Kosten für die Implementierung und Durchführung von Überwachungsmaßnahmen ersetzt werden.

Veranstaltungen

Zu den Anliegen der ISPA zählt auch die Förderung der Kommunikation innerhalb der österreichischen IKT-Branche. Daher organisiert die ISPA regelmäßig Veranstaltungen, bei denen Mitglieder, Stakeholder und Interessierte zusammenkommen.

Internet Summit Austria (ISA) Der jährlich im Herbst stattfindende Internet Summit Austria (ISA) ist einer der Treffpunkte der österreichischen Internetwirtschaft. Ziel dieser Veranstaltung ist eine vertiefte Diskussion des Spannungsverhältnisses der Interessen von Privatpersonen, Wirtschaft und Politik bzw. Gesetzgeber auf den Grund zu gehen.

ISPA Forum Beim ISPA Forum beleuchten ExpertInnen aktuelle Themen der Internetwirtschaft aus verschiedenen Blickwinkeln. Das Forum bietet Platz, kontroverse Themen zu diskutieren.

ISPA Academy Im Rahmen der ISPA Academy werden regelmäßig aktuelle Themen und Entwicklungen der Internetwirtschaft im Rahmen von Workshops vorgestellt. ExpertInnen greifen relevante Themen auf und erarbeiten diese mit den TeilnehmerInnen.

ISPA Stammtisch Der ISPA Stammtisch bietet den ISPA Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Anliegen und Interessen mit anderen Mitgliedern und den Vorständen zu diskutieren. Bei jedem Stammtisch wird ein aktuelles Thema vorgestellt und diskutiert. Durch den Erfahrungsaustausch werden gemeinsame Lösungsansätze gefunden.

Externe Veranstaltungen/ Vorträge VertreterInnen der ISPA geben Ihre Expertise bei externen Veranstaltungen und Vorträgen weiter.

Safer Internet Day Der Safer Internet Day findet jährlich im Rahmen des Projekts Saferinternet.at statt. Die ISPA engagiert sich als Partnerinstitution vor allem im Bereich der Erwachsenenbildung.

Fotos der Veranstaltungen:
www.flickr.com/photos/ispa_at



Veranstaltungen 2011 – 2012

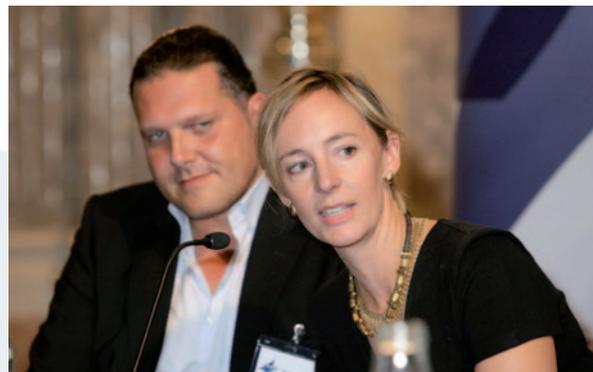
Internet Summit Austria 2012 ›Werbung im Internet. Wer profitiert? Wer verliert?‹

20. September 2012

Das Internet hat die Werbung fundamental verändert. Denn es kann etwas, was klassische Medien nicht können: Zielgruppen exakt definieren und ansprechen. Als Folge dessen verändern sich die Ansprüche der KundInnen und die Möglichkeiten der Werbetreibenden: KonsumentInnen schätzen Kommunikation und Angebote, die auf sie abgestimmt sind und über ihre Erwartungen hinausgehen. Werbetreibenden stehen nun etliche Instrumente und unzählige Daten zur Verfügung, mit deren Hilfe sie punktgenau die Ansprüche der KundInnen erfüllen können.

Dennoch: Das Zusammenspiel zwischen den Erwartungen, Möglichkeiten und der tatsächlichen Umsetzung von Werbung im Internet gestaltet sich oftmals schwierig. KonsumentInnen fürchten durch die Preisgabe ihrer persönlichen Daten die Kontrolle über ihre Privatsphäre zu verlieren. Viele Unternehmen sind unschlüssig, wie sie die Vielzahl an Daten, die durch das Internet generiert werden, richtig auswerten und verarbeiten können. Im Rahmen des diesjährigen Internet Summit

Internet Summit Austria 2012 ›Werbung im Internet‹



Austria (ISA 2012) erörtern Sarah Spiekermann (WU Wien), Karim H. Attia (nugg.ad), Andreas Ban (KB ConnectedMedia), Martina Zadina (adworx) und René Petzner (KIA Austria), wie KonsumentInnen tatsächlich angesprochen werden möchten, was sie bereit sind preiszugeben und welche Instrumente, Daten und Informationen Werbetreibende brauchen, um erfolgreich im Netz zu werben.

Detaillierte Informationen zum Internet Summit Austria:
www.internetsummit.at

Stream Internet Summit:
www.youtube.com/user/Internetsummit



Internet Summit Austria 2012 ›Werbung im Internet‹



ISPA Forum ›ACTA – Was jetzt?‹,
 29. März 2012

Die Proteste um ACTA haben eines gezeigt: Themen, die das Internet betreffen, bewegen zunehmend die breite Öffentlichkeit.

Das internationale Antipiraterie-Abkommen ACTA sollte primär dazu dienen, Produkt- und Medikamentenfälschungen einzudämmen. Dennoch scheint es, als sollte durch ACTA auch der Online-Konsum von Film, Musik und Kunst durch die Hintertür geregelt werden. Ob ein internationales Handelsabkommen jedoch das richtige Mittel ist, um die Rechtsdurchsetzung am digitalen Markt zu regulieren, erscheint fraglich.

Die Podiumsgäste des ISPA Forums Nikolaus Forgó (Insitut für Rechtsinformatik, Universität Hannover), Werner Müller (Fachverband Film- und Musikindustrie, WKÖ), Berny Sagmeister (EMI Music GSA), Markus Stoff (Initiative Netzfreiheit) diskutierten, welche Konsequenzen das ACTA-Abkommen kurz-, mittel- und langfristig nach sich ziehen wird. Auch die Frage, wie der Online-Markt für Musik, Film und Kunst so reguliert werden kann, dass alle davon profitieren und welcher Handlungsspielraum für Anbieter, NutzerInnen und KünstlerInnen besteht, wurde erörtert.

Mehr Informationen: www.ispa.at/forum



Veranstaltungen

Externe Veranstaltungen/ Vorträge

Vortrag ›Vorratsdatenspeicherung‹
International Association of Young Lawyers
(AIJA), 18. Februar 2012, Wien

Vortrag ›Vorratsdatenspeicherung‹
IRIS, 25. Februar 2012, Salzburg

Vortrag ›Vorratsdatenspeicherung‹
Fraud-Tagung, 10. März 2012, Salzburg

Podiumsdiskussion ›Informations-Demokratie vs.
Piraterie – Behindern oder sichern ACTA, IPRED
& Co. die Qualität des medialen Diskurses?‹
Treffpunkt Medien, 18. April 2012, Wien

Podiumsdiskussion ›Lokales Recht, globales
Netz: Sperrungsverfügungen in Österreich‹
Universitätslehrgang für Informationsrecht,
31. Mai 2012, Wien

Vortrag ›Between a Rock and a Hard Place‹
Europäisches Forum Alpach, 22. August 2012, Alpbach

ISPA Stammtisch

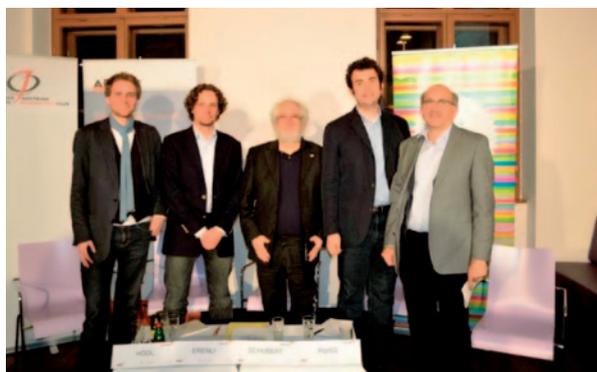
Vorratsdatenspeicherung
Wien, 17. Jänner 2012
Linz, 19. Jänner 2012
Innsbruck, 20. Jänner 2012

Safer Internet Day

›Gemeinsam die Online-Welt entdecken – aber sicher‹
7. Februar 2012, Wien

Die ISPA hat gemeinsam mit Saferinternet.at eine Studie zum Thema ›Eltern und Kindererziehung‹ erarbeitet, die im Rahmen einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt präsentiert wurde. Weiters war die ISPA an der Gestaltung des Saferinternet.at Aktionstages am 7. Februar 2012 im Parlament beteiligt.

Podiumsdiskussion ›Treffpunkt Medien‹



Safer Internet Day 2012



ISPA Academy

IPv6

Wilfried Wöber (Univeristät Wien/ACOnet)

15. November 2011, Wien

24. Mai 2012, Salzburg

Das Internet Protocol Version 6 (IPv6) ist der Nachfolger des gegenwärtig im Internet noch überwiegend verwendeten Internet Protocols in der Version 4. In diesem Workshop wurde über Neuerungen, die sich durch die Einführung von IPv6 ergeben berichtet und ein technischer Überblick über Erfahrungen, Dynamiken und Fallen gegeben. Weiters wurden Security-Aspekte und Deployment Issues behandelt.



Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung

Thomas Mikula (RTR), Stephan Saalberg (T-Mobile Austria), Michael Schafferer (TU Wien), Franz Schönbauer (TU Wien), Maximilian Schubert (ISPA), Gerhard Szin (BRZ), Christoph Tschohl (BIM), Markus Wolfger (T-Mobile Austria)

14. Dezember 2011, Wien

28. Februar 2012, Salzburg

27. März 2012, WKÖ; in Kooperation mit den Fachverbänden Telekom/Rundfunk und UBIT



Im Rahmen dieser ISPA Academies wurde unter anderem erörtert, welche Unternehmen von der Vorratsdatenspeicherung betroffen sind, was bei der Umsetzung zu beachten ist, wie die Kostenrückerstattung aussieht und inwieweit Provider, die nicht zur Speicherung verpflichtet sind, dennoch von der Umsetzung betroffen sein könnten.



Hack Angriffe – lessons learned

Otmar Lendl (nic.at/CERT)

24. Jänner 2012, Wien

Im Sommer und Herbst 2011 kam es zu diversen Einbrüchen bei bekannten österreichischen Webseiten. Sensible Daten wurden kopiert und auszugsweise veröffentlicht, was zu einem erheblichen materiellen und auch immateriellen Schaden führte. Otmar Lendl war an der Vorfallsbehandlung und Analyse beteiligt und erörterte in diesem Workshop seine bei diesen Einsätzen gesammelten Erfahrungen.

Erweiterungen wurden behandelt. Auch Spamtraps, Logfileanalyse, Feedbackschleifen und Maßnahmen gegen ausgehenden Spam wurden vorgestellt.

SPAM

Wolfgang Breyha (ZID)

02. und 23. Mai 2012, Wien

Diese Academy widmete sich den SMTP-Grundlagen, dem Mailserver Setup sowie einigen Beispielen aus der täglichen Praxis. Die wichtigsten und gängigsten

Medienarbeit für ISPs

Karin Thiller (APA-OTS)

20. Juni 2012, Wien

Diese ISPA Academy widmete sich neben den Grundzügen der Medienarbeit, dem Umgang mit JournalistInnen und der Konzeption von Pressemitteilungen für kleine und mittlere Unternehmen im IT-Bereich. Die Dos and Dont's im IT-Journalismus sowie die Positionierung der eigenen Themen und des eigenen Unternehmens wurden im Rahmen dieses Workshop ebenfalls besprochen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die ISPA ist »Die Stimme der Internetwirtschaft in Österreich«. Diese Stimme nutzt sie nicht nur, um die Anliegen der österreichischen Internet Service Provider in verschiedenen Gremien anzusprechen, sondern auch um die Branche über Entwicklungen und Hintergründe zu informieren. Sie bedient sich dabei unterschiedlicher Kanäle und Medien:

Pressemeldungen

Als »Stimme der Internetwirtschaft in Österreich« spricht die ISPA für ihre Mitglieder und erklärt ihre Standpunkte durch Presseausendungen.

ISPA News

Die ISPA News sind das gedruckte Informationsmedium der ISPA. Darin erscheinen Hintergrundberichte und Analysen zu Themen der Internetwirtschaft sowie Berichte über Veranstaltungen und Tätigkeiten der ISPA. Das Magazin erscheint vierteljährlich in einer Auflage von ca. 1.800 Stück. Die ISPA News stehen auf der ISPA Website auch elektronisch zur Verfügung.

www.ispa.at/ispanews

ISPA Newsletter

Die ISPA informiert ihre Mitglieder regelmäßig per E-Mail über Entwicklungen in der Internetwirtschaft, Aktivitäten und aktuelle Veranstaltungen der ISPA.

Internet & Social Media

ISPA Website

Auf der Website www.ispa.at werden Neuigkeiten, aktuelle Stellungnahmen, Positionspapiere und Informationen zur Verfügung gestellt. Im Mitgliederbereich werden weiterführende Informationen und Arbeitsdokumente bereitgestellt.

www.ispa.at

Facebook

Die ISPA betreibt eine Seite auf Facebook, auf der Neuigkeiten und aktuelle Entwicklungen beschrieben und Fotos von ISPA Veranstaltungen zu finden sind.

www.facebook.com/ISPA.InternetServiceProvidersAustria

Twitter

Auf Twitter informiert die ISPA regelmäßig über Neuigkeiten aus ihren Themenbereichen sowie anderen internetrelevanten Themen.

www.twitter.com/ispa_at

Weitere Publikationen

Die ISPA publiziert neben den regelmäßigen Veröffentlichungen auch Informationsmaterial und gibt Studien oder Umfragen zu internetrelevanten Themen in Auftrag.

Pressemeldungen

- 11. November 2011: Vorstand der ISPA - Internet Service Providers Austria gewählt
- 03. Februar 2012: Safer Internet Day: Österreichs Eltern haben Nachholbedarf bei Interneterziehung
- 20. Februar 2012: ISPA: Maximilian Schubert zum Generalsekretär bestellt
- 01. März 2012: ISPA: Grundproblem hinter ACTA ist das Urheberrecht
- 21. März 2012: Internet-Meldestelle Stopline stellt Jahresbericht 2011 vor
- 30. April 2012: ISPA Forum: ACTA wird noch lange nachwirken
- 19. April 2012: ISPA: Festplattenabgabe löst keine Probleme
- 05. Juli 2012: ISPA: Dass ACTA im Europäischen Parlament nicht ratifiziert wurde, ist ein Sieg für die Demokratie
- 01. August 2012: Digitaler Nachlass: Vorbereitung erspart Stress und Unklarheit
- 19. September 2012: ISPA Studie: Werbung im Internet birgt enormes Potenzial für Unternehmen
- 20. September 2012: ISA 2012: Online-Werbung muss im Einklang mit den Rechten der InternetnutzerInnen stehen

Alle Presseausendungen:

www.ispa.at/inc/presse/presseausendungen

ISPA News

ISPA News 4/11

beständig. Herausforderungen annehmen

ISPA News 1/12

ausgewogen. Vorratsdatenspeicherung umsetzen

ISPA News 2/12

geregelt. Eckpunkte abstecken

ISPA News 3/12

passend. Werbung im Internet

Social Media

Facebook (/ISPA.InternetServiceProvidersAustria)

131 »gefällt mir-Angaben«

Maximale virale Reichweite: 651 Personen*

Twitter (ISPA_at)

263 Follower

*1. August - 19. Oktober 2012

Studien

›Eltern & Interneterziehung‹ (Februar 2012)

Zum Safer Internet Daybeauftragte die ISPA gemeinsam mit dem ÖIAT das market Institut mit der Durchführung dieser Studie. Die Ergebnisse wurden beim Safer Internet Day 2012 am 7. Februar im Bundeskanzleramt präsentiert.

›Online-Werbung in Österreich. Zahlen. Daten.Fakten.‹ (September 2012)

Die Studie wurde von der ISPA in Auftrag gegeben und vom IFES (Institut für Empirische Sozialforschung) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Rahmen des Internet Summit Austria präsentiert.

Kurzfassung der Studie: www.ispa.at/service/studien

Broschüren/ Leitfäden/Infoblätter

Safer Internet Broschüre: ›internet sicher nutzen‹

Die ISPA hat die Broschüre ›internet sicher nutzen‹ neu aufgelegt. Darin werden Tipps zu Shopping, Auktionen und Bezahlen im Netz, zu sozialen Netzwerken, Kontaktbörsen und Nutzung des Internets durch Kinder und Jugendliche gegeben. Abgedeckt werden außerdem Fragestellungen zur Erstellung eigener Webseiten oder -blogs, zum Download von Musik und Video und dem Schutz vor Viren, Trojanern oder Phishing Mails.

Leitfaden ›Sicherheitseinstellungen für Smartphones‹

Aufgrund der ständig wachsenden Smartphone-Dichte in Österreich wurde ein Leitfaden für ›Sicherheitseinstellungen am Smartphone‹ erstellt und im Rahmen von Saferinternet.at zur Verfügung gestellt.

Infoblatt ›Digitaler Nachlass‹

Ein Thema das häufig an Saferinternet.at herangetragen wird, ist die Frage, was im Todesfall mit Spuren im Netz und Online-Profilen in Sozialen Netzwerken zu tun sei. Aus diesem Grund hat die ISPA einen Leitfaden zum ›Digitalen Nachlass‹ herausgegeben.

Alle Broschüren: www.ispa.at/service/broschueren

Informationskanäle der ISPA



Thema: »Online-Werbung in Österreich.«

Anlässlich des Internet Summit Austria 2012 »Werbung im Internet. Wer profitiert? Wer verliert?« hat die ISPA das IFES (Institut für Empirische Sozialforschung) beauftragt, Einsatz und Akzeptanz von Online-Werbung in österreichischen Unternehmen herauszuarbeiten.

Die Studie »Online-Werbung in Österreich 2012. Zahlen. Daten. Fakten.« untermauert einerseits bekannte Hypothesen – etwa die generell hohe Affinität von Unternehmen zum Internet - und brachte andererseits neue Erkenntnisse über den Einsatz und die Akzeptanz von Online-Werbung in österreichischen Unternehmen.

Unternehmen sind offen für Online-Werbung

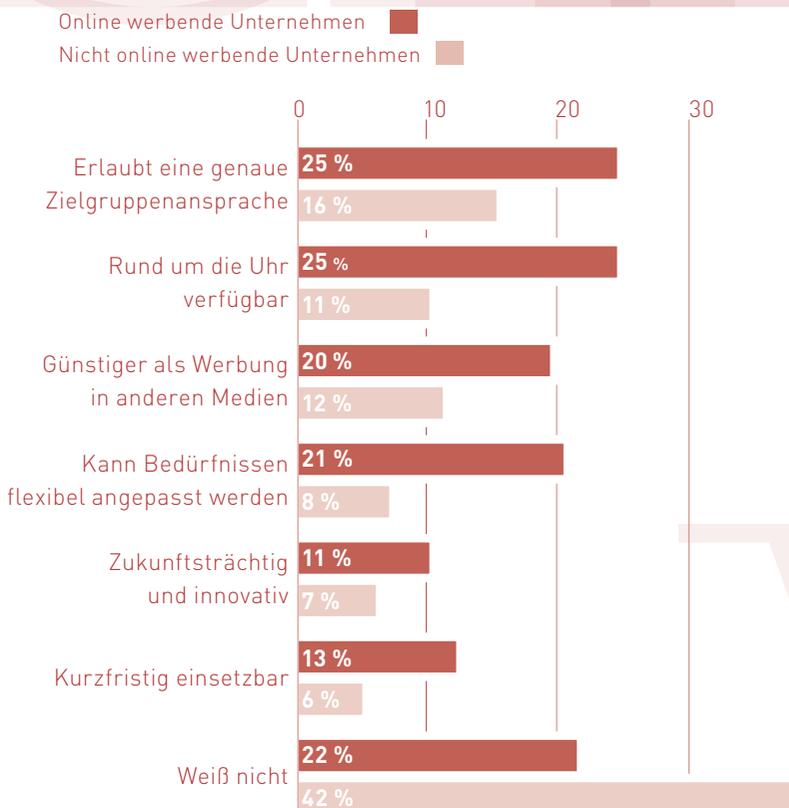
Generell sind die österreichischen Unternehmen sehr offen gegenüber Online-Werbung: Über 80 Prozent der heimischen Unternehmen verfügen

zumindest über eine eigene Website. Allerdings sind die Unternehmen beim tatsächlichen Einsatz von Online-Werbemethoden wie Bannerwerbung oder Targeting noch zurückhaltend. Hier ist ein beträchtliches Entwicklungspotenzial zu erkennen.

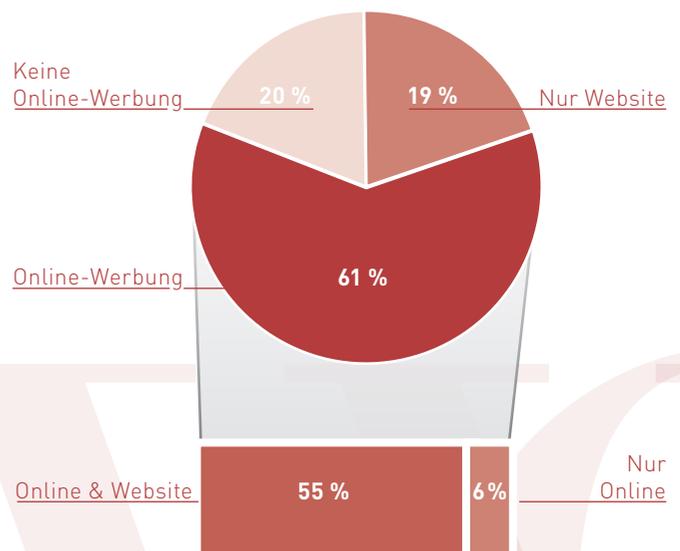
Vorteile werden erkannt und geschätzt

Die Unternehmen erkennen jedoch die Chancen, die sich aus Online-Werbung ergeben: Sie schätzen etwa die Möglichkeit, Zielgruppen genau anzusprechen und wissen um die Möglichkeiten, die sich durch den kurzfristigen und flexiblen Einsatz von Online-Werbung ergeben. Die Studie hat ebenfalls gezeigt, dass jene Unternehmen, die bereits Online-Werbung einsetzen, diese auch sehr positiv einschätzen und von deren Nutzen überzeugt sind, während Unternehmen, die nicht im Internet werben, den Vorteil noch nicht einschätzen können. Hier ist ein Informationsdefizit zu erkennen.

Welche Vorteile hat Online-Werbung für Ihr Unternehmen?



Wirbt Ihr Unternehmen im Internet (Damit ist auch eine eigene Website gemeint)?



Schutz der Privatsphäre und Datensicherheit sind wichtige Themen

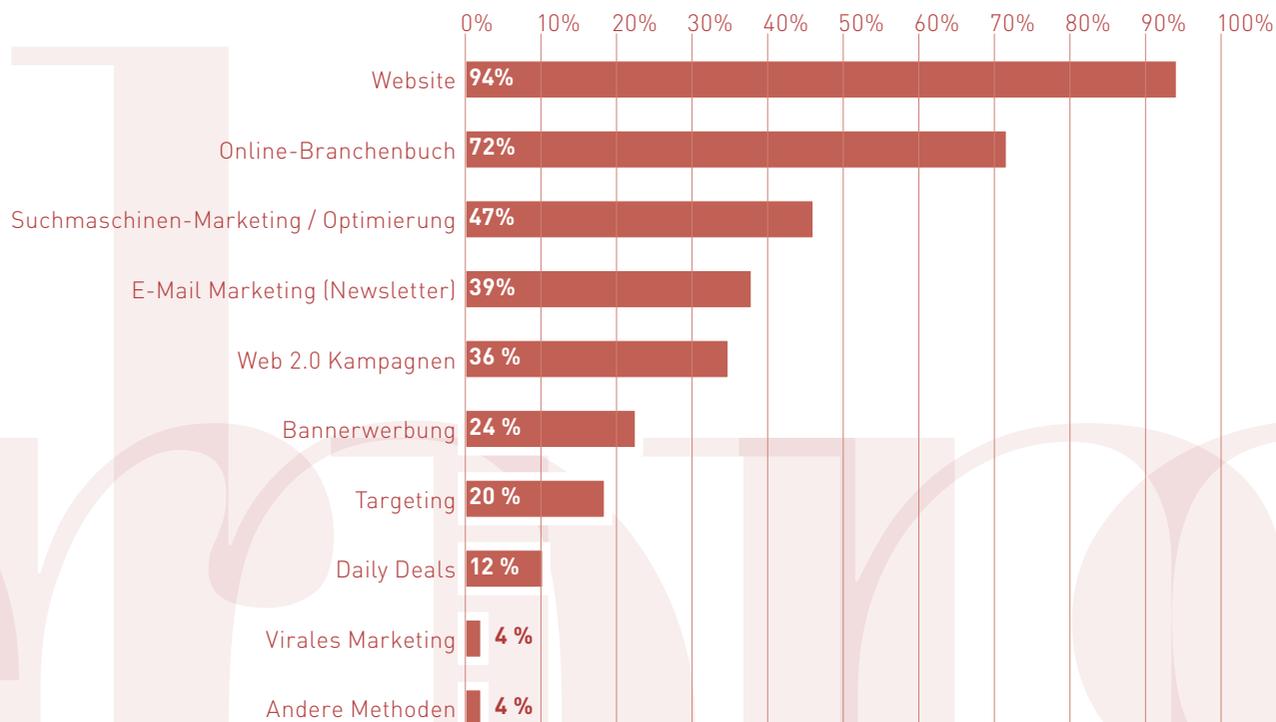
Aus der Studie lässt sich ein Arbeitsauftrag für die Internetwirtschaft herauslesen: Der Schutz der Privatsphäre sowie die sichere Nutzung und Verwendung von Daten wurden als wichtigste Themen im Zusammenhang mit Online-Werbung von allen befragten Unternehmen (jenen, die Online-Werbemethoden einsetzen und jenen, die etwa nur durch eine eigene Website im Internet präsent sind) genannt. Unternehmen, die bereits aktiv im Internet werben, strichen zudem hervor, wie wichtig der Ausbau der (Breitband-)Infrastruktur und die Entwicklung transparenter Benchmarking-Methoden sei. Diese Studie hat gezeigt, dass Werbung im Internet ein enormes Potenzial für Unternehmen in sich birgt.

Zentrale Erkenntnisse der Studie

- Online-Werbung wird aus den unterschiedlichsten Motiven und mit verschiedenen Methoden betrieben
- Die Nutzung ist abhängig von
 - der Unternehmensgröße (vorhandenes internes Know-how und Ressourcen, vorhandenes Werbebudget etc.)
 - der Technologieaffinität des Unternehmens
 - Gewohnheiten der KundInnen / Zielgruppen
- Für EPU/KMU wäre der Einsatz von Online-Werbung eine Wettbewerbschance am bestehenden Markt

Die gesamte Studie zum Nachlesen:
www.ispa.at/service/studien

Welche Methoden und Maßnahmen setzt Ihr Unternehmen für Online-Werbung ein?



Mehrfachnennungen berücksichtigt

Vernetzung

Die ISPA versteht sich als Plattform der österreichischen Internetwirtschaft. Eine ihrer zentralen Aufgabe ist es, die verschiedenen AkteurInnen zusammenzubringen und den Austausch zu fördern.

Nur durch gemeinsames Auftreten und gegenseitige Unterstützung können relevante Themen und die Entwicklung des Internets vorangetrieben werden.



Saferinternet.at
Das Internet sicher nutzen!

EuroISPA

Die EuroISPA, der europäische Verband der Internetanbieter, ist die weltweit größte Vereinigung von Internet Service Providern und repräsentiert über 1800 Unternehmen. Sie wurde 1998 gegründet um europäische ISPs im Rahmen der EU-Meinungsbildung sowie der EU-Gesetzgebung zu vertreten und den Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen den ISPs zu fördern.

Die EuroISPA unterstützt ihre Mitglieder zudem durch Expertise und ermöglicht es, aktuelle Entwicklungen frühzeitig zu thematisieren und industrieweite Lösungen zu finden.

Da viele für das Internet relevante Themen auf europäischer Ebene entschieden werden, ist die ISPA seit 15 Jahren aktives Mitglied der EuroISPA.

www.euroispa.org

Stopleveline

Die ISPA Initiative ›Stopleveline‹ ist eine von den Behörden anerkannte Meldestelle für kinderpornografische und nationalsozialistische Inhalte. Stopleveline ist eingebunden in INHOPE, ein weltweites Netz an Meldestellen, das 1999 im Rahmen des Safer Internet Action Plans der Europäischen Kommission gegründet wurde.

Im Regelfall wird innerhalb von wenigen Tagen durch das Einschreiten der jeweiligen lokalen Behörden das illegale Material entfernt. Stopleveline fungiert als freiwillige Selbstkontrolle der österreichischen Internet Service Provider.

www.stopleveline.at

Saferinternet

Saferinternet.at ist die österreichische Informations- und Koordinierungsstelle im Saferinternet Netzwerk der EU. Sie unterstützt seit 2005 InternetnutzerInnen bei der sicheren Nutzung von Internet, Handy und Computerspielen. Die ISPA engagiert sich als Projektpartnerin vor allem im Bereich Erwachsenenbildung.

www.saferinternet.at

Aktivitäten 2011 – 2012

EuroISPA

Die EuroISPA beschäftigte sich im diesjährigen Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit Fragen der Rechtsdurchsetzung. Auch die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung auf europäischer Ebene sowie die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten wurde intensiv diskutiert.

Unabhängig davon wurde erörtert, wie bestehende Rechtsverstöße durch die Anbieter (>Notice&Action<) unterbunden werden sollen und inwieweit Anbieter z.B. im Rahmen von Initiativen wie ACTA, CEAT, CleanIT, web blocking & filtering dazu verpflichtet werden dürfen, zukünftige Rechtsverletzungen zu verhindern.

Neben diesem Themenkomplex beschäftigte sich die EuroISPA mit Fragen zur Netzneutralität oder Netzwerksicherheit.

Monatlicher Newsletter der EuroISPA:

www.ispa.at/mitgliederbereich/mitgliederservice/newsletter/euroispa

Saferinternet

Die Arbeit der ISPA für Saferinternet.at zielt darauf ab, über Themen der Internetnutzung Erwachsener zu berichten und diese aufzubereiten. Im Berichtszeitraum umfasste dies unter anderen die Neuauflage der Broschüre »internet sicher nutzen«, den Leitfaden »Sicherheitseinstellungen am Smartphone«, das Infoblatt »Digitaler Nachlass« sowie die Konzeption und Auswertung der Studie »Eltern & Interneterziehung« im Rahmen des Safer Internet Days 2012.

Die ISPA nimmt im Rahmen des Projekts Saferinternet.at regelmäßig an Arbeitssitzungen wie dem Saferinternet-Beirat und dem Stopleveline-Beirat sowie an themenbezogenen Konferenzen und Veranstaltungen teil.

Stopleveline

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 21. März 2012 präsentierte die Stopleveline gemeinsam mit der ISPA den Stopleveline Jahresbericht 2011.

Informationen zu den Aktivitäten der Stopleveline finden Sie auf den nächsten Seiten.



Foto: Fobservice Bundeskanzleramt
 Pressekonferenz Safer Internet Day 2012. V.l.n.r.: Manfred Matzka (Bundeskanzleramt), Harald Leitenmüller (Microsoft Österreich), Livia Dandrea-Böhm (A1), Bernhard Jungwirth (ÖIAT), Andreas Wildberger (ISPA) und Christian Rupp (Bundeskanzleramt).



Präsentation Stopleveline Jahresbericht: Maximilian Schubert (ISPA), Barbara Schloßbauer (Stopleveline)

Thema: Stoptline – Meldestelle für Kinderpornografie und nationalsozialistische Wiederbetätigung im Internet

Die ISPA Initiative ›Stoptline‹ wurde 1998 ins Leben gerufen und ist eine von den Behörden anerkannte Meldestelle für kinderpornografische und nationalsozialistische Inhalte im Internet. Die Stoptline ist eingebunden in INHOPE, ein weltweites Netz an Meldestellen, das 1999 im Rahmen des Safer Internet Action Plans der Europäischen Kommission gegründet wurde.



Unabhängige Prüfung der Inhalte

UserInnen, die im Internet auf kinderpornografische oder nationalsozialistische Inhalte stoßen, können diese per E-Mail oder anonym per Web-Formular melden. Die Analyse, ob Inhalte im Internet illegal sind oder nicht, wird von einer unabhängigen Stelle und nicht durch die Anbieter selbst durchgeführt. Dies geschieht im Rahmen der Stoptline durch juristisch geschultes Fachpersonal.

Sind die Inhalte tatsächlich illegal und auf einem österreichischen Server gespeichert, werden der Hosting-Provider und parallel dazu die Exekutive verständigt. Die Inhalte werden dann umgehend entfernt. Sind die illegalen Inhalte auf einem ausländischen Server gespeichert, wird die entsprechende ausländische Meldestelle über das internationale Netzwerk INHOPE informiert. Diese kümmert sich dann um den Fall.

Kontinuierlicher Meldungseingang

Über die Jahre ist ein kontinuierlich hoher Meldungseingang zu beobachten. Über 2000 Meldungen hat Stoptline von Jänner bis Oktober 2012 bearbeitet. 318 davon wurden als tatsächlich illegal eingestuft. Davon entfielen 303 Fälle auf Kinderpornografie und 15 auf NS-Wiederbetätigung.

Gute internationale Zusammenarbeit

Die gute Zusammenarbeit zwischen Providern und Exekutive im Rahmen der Stoptline hat dazu geführt, dass illegale Inhalte in Österreich faktisch nicht mehr gehostet werden. 2012 wurden nur zwei Fälle tatsächlich auf einem österreichischen Server lokalisiert. Alle anderen Meldungen bezogen sich auf Material, das im Ausland gehostet wurde. Die meisten illegalen Inhalte werden auf Servern in den USA, Russland oder den Niederlanden gehostet. In diesem Fall wird die Meldung an eine der 41 INHOPE-Partnerhotlines weitergeleitet. Durch diese internationale Zusammenarbeit und die Vernetzung der Partnerorganisationen vor Ort können verbotene Inhalte auch im Ausland meist rasch entfernt werden.

Die Stoptline verdeutlicht, wie Provider und staatliche Stellen erfolgreich an der Entfernung illegaler Inhalte im Internet zusammenarbeiten können.

Netzwerkpartner der Stoptline

Saferinternet.at
Das Internet sicher nutzen!

INTERNATIONAL ASSOCIATION OF INTERNET HOTLINES
INHOPE



Die Stopline im Überblick

Wie funktioniert die Stopline?

Nach Eingang einer Meldung bei der Stopline überprüfen die Stopline-MitarbeiterInnen, ob das Material tatsächlich illegal im Sinne der österreichischen Gesetze ist. In diesem Fall wird sofort die zuständige österreichische Exekutive, der gegebenenfalls betroffene österreichische Provider bzw. die ausländische Partner-Hotline im Rahmen des internationalen Netzwerks INHOPE informiert, um diese Inhalte möglichst schnell zu entfernen.

Welche Bilanz kann bislang für 2012 gezogen werden?

2012 war bislang ein kontinuierlicher Meldungseingang zu verzeichnen. Damit kommt die Stopline dem Ziel, UserInnen vor zufällig aufgefundenem gesetzeswidrigem Material zu schützen, immer näher.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den österreichischen Anbietern?

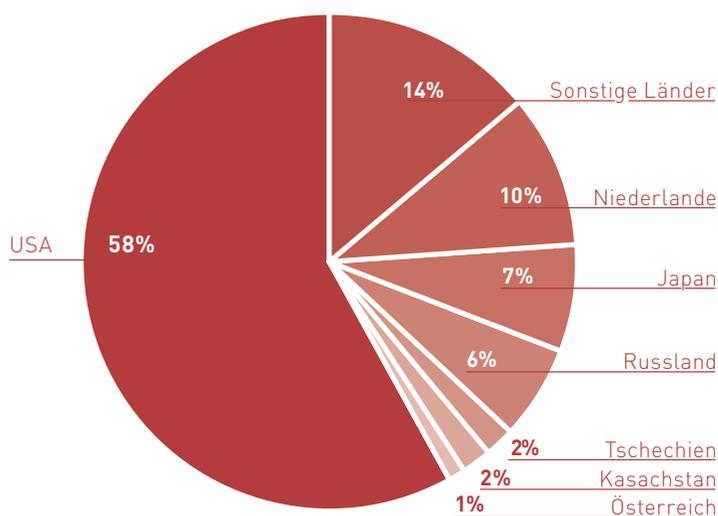
Da die Stopline eine Initiative der ISPA ist, funktioniert die Kooperation mit den österreichischen Providern gut. Sie ermöglicht ein rasches Einschreiten gegen illegale Inhalte.

Welche Partner hat die Stopline neben den Anbietern und der Exekutive?

Da der Großteil der eingegangenen Meldungen auf ausländische Server führt, arbeitet die Stopline international sehr erfolgreich mit den INHOPE-Partnerhotlines zusammen. Das hat den Vorteil, dass die oftmals langwierigen Wege zwischen nationalen Exekutivorganen verkürzt werden und langjährig erfahrene Hotlines vor Ort ihre guten Kontakte nutzen können, um somit möglichst rasch gegen illegale Inhalte vorgehen zu können.

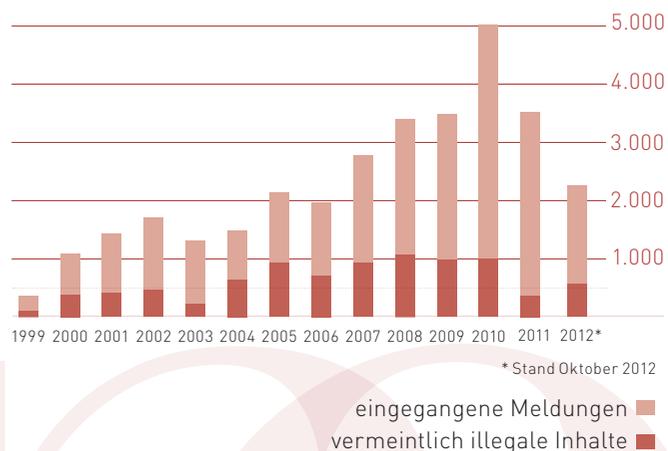
Weitere Informationen zur Stopline:
www.stopline.at

Wahrscheinliche Ursprungsländer der eingegangenen, tatsächlich illegalen Meldungen (Jänner – September 2012)



Quelle: Stopline

Eingegangene Meldungen 1999 - 2011



Quelle: Stopline

team

ISPA Team

Verein ISPA – Internet Service Providers Austria

Die ISPA ist als Verein organisiert. Vereinszweck ist die Förderung des Internets in Österreich. Der Verein »Internet Service Providers Austria (ISPA) – Verband der österreichischen Internet-Anbieter« hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich.

Vereinsstatuten: www.ispa.at/ueber-ispa/statuten

Mitglieder

Die ISPA vertritt rund 200 Mitglieder aus allen Bereichen, die das Internet generiert: Access, Content und Services.

Ausführliche Beschreibung aller Mitglieder:
www.ispa.at/ueber-ispa/mitgliederliste

Vorstand (gemäß der 15. ordentlichen Generalversammlung)

Dr. Andreas Koman (Tele2) / Präsident
Thomas Schartner (funkinternet.at) / Kassier
Georg Hitzenberger (play.fm) / Schriftführer
Wolfram Huber (web-tech coaching) / Stv. Kassier
Ing. Harald Kapper (kapper.net) / Stv. Schriftführer

Weitere Mitglieder:

Dr. Kurt Einzinger (Netvisual)
Mag. Nikolaus Futter (Compass Verlag)
Bernd Hilmar (emerion Webhosting)
KR Ing. Martin Prager (Prager Consult)

Rechnungsprüfer:

Franz Cyhlar (Bundesrechenzentrum)
Mag. Karin Klitsch (mquadr.at)
Christian Studeny, MBA (Interxion Österreich GmbH)

Biografien der Vorstandsmitglieder:
www.ispa.at/ueber-ispa/vorstand

Generalsekretariat

Dr. Maximilian Schubert LL.M. / Generalsekretär
(bis Februar 2012: Dr. Andreas Wildberger)

Mag. Veronika Beimrohr / Rechtliche Angelegenheiten
Romana Cravos / Projektmanagement
Mag. Edith Michaeler / Kommunikation
Michaela Panzenberger / Assistentin des Generalsekretärs

Die Aufgabenbereiche der ISPA:
www.ispa.at/ueber-ispa/team

V.o.n.u.: Veronika Beimrohr, Romana Cravos, Kurt Einzinger,
Nikolaus Futter, Bernd Hilmar, Georg Hitzenberger, Wolfram Huber,
Harald Kapper, Andreas Koman, Edith Michaeler, Michaela Panzenberger,
Martin Prager, Thomas Schartner, Maximilian Schubert





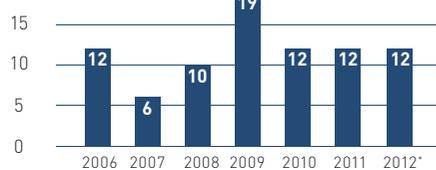
ISPA auf einen Blick

Fakten

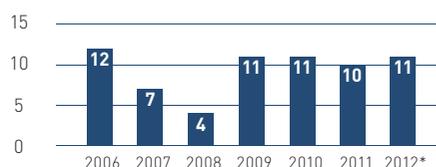
Die ISPA

- ist die Dachorganisation der Internetwirtschaft in Österreich. Ihr Anliegen ist die Gestaltung optimaler wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Internets
- versteht die Nutzung des Internets als entscheidende Kulturtechnik und nimmt die sich daraus ergebende gesellschaftspolitische Verantwortung wahr
- wurde 1997 als freiwilliger Branchenverband der österreichischen Internet Service Provider gegründet. Verbandszweck ist die Förderung des Internets in Österreich
- vertritt ISPs aus den Bereichen Access, Content und Services
- ist in den Bereichen Wettbewerb & Infrastruktur, Content & Services sowie Safety & Security aktiv

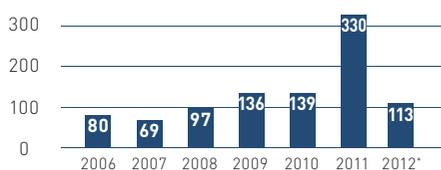
Presseaussendungen



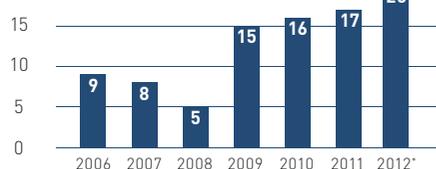
Stellungnahmen



ISPA in den Medien



Veranstaltungen



Die ISPA bietet

Interessenvertretung

Aufgrund langjähriger Erfahrung und genauer Kenntnis von Internetthemen und Stakeholdern vertritt die ISPA fokussiert die Interessen der österreichischen Internetanbieter und gestaltet internetrelevante Entscheidungen maßgeblich mit.

Weiterbildung

Um ihre Mitglieder über Entwicklungen im Internet auf dem Laufenden zu halten, organisiert die ISPA Veranstaltungen, Workshops und Vorträge zu technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Themen.

Information

In ihrer Funktion als Sprachrohr der österreichischen Internetwirtschaft informiert die ISPA regelmäßig über Entwicklungen, Themen und Veranstaltungen, die das Internet betreffen.

Verantwortung

Die ISPA setzt sich als Interessenvertretung der österreichischen Internetwirtschaft in zahlreichen Gremien für eine offene, freie und sichere Nutzung des Internets ein.

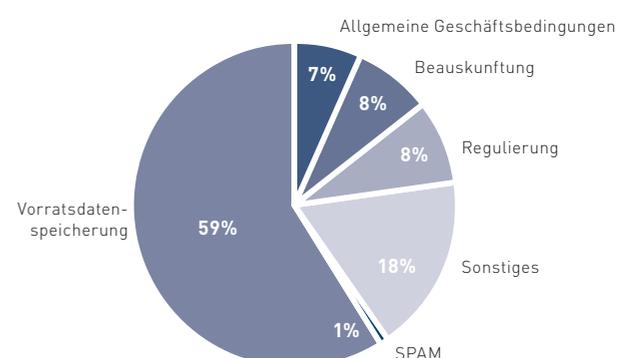
Expertise & Know How

Die ISPA unterstützt ihre Mitglieder in juristischen Belangen. Dazu zählt die fallorientierte juristische Beratung ebenso wie die Ausarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren, die Input für politische und gesetzgebende Prozesse sind. In Arbeitsgruppen zu den ISPA Kernthemen erarbeiten ExpertInnen gemeinsam Empfehlungen, Standards und Policies für die Branche.

Vernetzung

Die ISPA fördert die Vernetzung relevanter Stakeholder innerhalb der Internetwirtschaft. Um effektive Ergebnisse aus ihrer täglichen Arbeit zu erzielen, ist für die ISPA die nationale und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit wesentlich.

Themen der Rechtsberatung 2012



*Beobachtungszeitraum: 20. Oktober 2011 – 19. Oktober 2012

